

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 12 vom 15. Dezember 2017, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Rupp Gyger Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger (ab Traktandum 4), Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Eveline Salzmann, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Heidi Anderes, Patrick Graber
Schluss der Sitzung	18:30 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

101. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 16. November 2017

Das Protokoll wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

102. Optimierung und Sanierung Abwasserreglemente im Bereich Steffisburgstrasse / Berntorplatz / Grabenstrasse

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 3'350'000 Franken als gebührenfinanziertes Infrastrukturprojekt.

Bericht des Gemeinderates Nr 25/2017

Gemeinderat Konrad Hädener weist darauf hin, dass der Kredit den Steuerhaushalt nicht belastet, da für diesen Zweck Abwassergebühren erhoben werden. Es handelt sich wegen dem hohen Alter der Leitungen um ein Mehrgenerationenprojekt. Die hohen Kosten können durch den langen Investitions- und Nutzungszeitraum relativiert werden. Bei den Massnahmen des Generellen Entwässerungsplans (GEP) handelt es sich um ein Pflichtprogramm des Kantons, das realisiert werden muss. Werden die Massnahmen nicht umgesetzt, so wird der Kanton aktiv. Es handelt sich um eine komplexe Projektorganisation in Zusammenarbeit mit der Energie Thun und dem Kanton. Herr Hädener macht darauf aufmerksam, dass die Energie Thun nicht auf den Stadtrat-Entscheid angewiesen ist und in dem vom Kanton eingeräumten Zeitfenster die Leitungen sanieren wird. Die oberflächliche Umgestaltung wird im 2019 durch den Kanton durchgeführt. Eine Ablehnung des Kredites würde nicht zu einer besseren Baustellen- und Verkehrssituation führen, sondern hätte eine nachträgliche Realisierung mit höheren Kosten zur Folge.

Franz Schori, **SAKO B+L**, erachtet das Geschäft als unbestritten und empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, steht für hervorragende Infrastrukturen ein und stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, informiert über die positive Aufnahme des Geschäfts. Es handelt sich um eine begleitende Massnahme, die Unannehmlichkeiten im Strassenverkehr mit sich bringt. Die Situation ist mit dem Bypass noch nicht gelöst. Die Sanierung trägt jedoch einen Teil an das ganze System bei. Wenn dieses funktioniert, wird für alle ein entscheidender Mehrwert geschaffen. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, findet es sinnvoll, das Abwassersystem zu erneuern. Der ARA Thunersee soll möglichst wenig Regenwasser zugeführt werden. Die Fraktion unterstützt das Projekt und stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, findet es richtig, den Umbau des Berntorkreisels für die Erneuerung des Leitungssystems zu nutzen und die Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die Investitionen sind unumstritten. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Es stellt sich die Frage, ob die Gebühren für die Finanzierung ausreichen und welche weiteren Projekte vorgesehen sind.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, erachtet die Investition als unbestritten und stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. November 2017,

beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 3'350'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung als gebührenfinanziertes Infrastrukturprojekt (Spezialfinanzierung Abwasseranlagen), Verpflichtungskredit-Nr. 2612.5032.023, (Bilanzkonto Nr. 14032.01.01), für die Optimierung und Sanierung des Abwassersystems Steffisburgstrasse/Berntorplatz/Grabenstrasse.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

103. Interpellation I 17/2017 betreffend "Bypass Thun Nord - Innenstadt vom Stau entlasten - ist Thun für die Umsetzung bereit?"

Fraktion Grüne, BDP und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2017; Beantwortung

Till Weber, **Fraktion Grüne**, ist von der Beantwortung teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt für die positive Kommunikation. Viele offene Fragen konnten an der Orientierungsveranstaltung geklärt werden. Es ist verständlich, dass die Stadt noch nicht bereit ist für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen. Dadurch können Verkehrszählungen gemacht und Kapazitäten ausgelotet werden. Die Fraktion findet es erfreulich, dass die Stadt sinnvolle Tempo-30-Zonen ausweitet. Es ist fraglich, ob bei den Zebrastreifen, die entfernt wurden, eine Beschilderung als Massnahme ausreicht. Möglicherweise wären Sensibilisierungsmassnahmen sinnvoll. Herr Weber weist darauf hin, dass die Lärmschutzmassnahmen bereits im Bypass als Begleitmassnahmen vorgesehen waren. Die Fraktion ist erfreut, dass im Tiefbauamt keine Ressourcen fehlen.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, dankt für die umfassende Beantwortung der Fragen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Bypass nicht durch die Stadt, sondern durch den Bund und Kanton finanziert wird. Die zwingend notwendige Zusammenarbeit mit dem Kanton bestimmt den Zeitplan massgeblich. Dieser ist auf eine gute Koordination zwischen den kantonalen Stellen angewiesen. Die Fraktion warnt vor einer vorschnellen Beurteilung des geplanten Einbahnregimes. Schuld am Stau haben die Baustellen und nicht das Einbahnregime. Die Fraktion verfolgt die weitere Entwicklung aus Sicht des Gesamtverkehrskonzepts mit grossem Interesse weiter.

Gemeinderat Konrad Hädener wehrt sich gegen die Aussage von Stadtrat Weber, dass die Stadt für die vollständige Umsetzung der Massnahmen noch nicht bereit sei. Es handelt sich um eine reine und schnell umsetzbare Signalisationsänderung, die vom Kanton explizit noch nicht gewünscht wird. Dadurch können von November bis April 2018 Verkehrsmessungen mit Bypass, aber ohne flankierende Massnahmen gemacht werden. Bei einer schrittweisen Umsetzung können mögliche Fehler besser lokalisiert werden.

104. Interpellation I 16/2017 betreffend "Ist die Schulraumplanung im Seefeldquartier koordiniert genug?"

Andrea de Meuron (Grüne), Markus van Wijk (SVP/FDP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2017; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel informiert über die Geschehnisse seit der schriftlichen Beantwortung. Am 30. November 2017 fand eine Sitzung mit der Stadt und dem Kanton statt, um bezüglich Strategien zur Zusammenlegung der Gymnasialstandorte Druck aufzusetzen. Am 5. Dezember 2017 konnte in der

SAKO BISK aus erster Hand aufgezeigt werden, was Schulraumplanung generell abstrakt bedeutet. Herr Gimmel ist bereit, transparent Auskunft zu geben. Am 12. Dezember 2017 wurde in den Medien unterschiedlich über den externen Überprüfer berichtet, wobei die gleiche Medienkonferenz sehr unterschiedlich verarbeitet wurde. Es konnte zur Kenntnis genommen werden, dass zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung gesundheitlicher Natur stattgefunden hat und niemand zu Schaden gekommen ist. Der Gemeinderat steht dazu, dass intern nicht alles optimal gelaufen ist. Schon im Juli wurden Lehren daraus gezogen. So wird in der Schulraumplanung in anderen Schulhäusern wie beispielsweise dem Schulhaus Lerchenfeld, Hohmad oder dem Kindergarten Obermatt nach besseren Lösungen gesucht. Herr Gimmel bestätigt, dass der Entscheid bezüglich Zusammenlegung der beiden Gymnasien im Schadau laut einem Gespräch mit der zuständigen Regierungsrätin im Dezember 2017 gefällt und im Januar 2018 kommuniziert wird.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, ist von der Beantwortung teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, kritisiert die wenig konkreten Antworten des Gemeinderates. Es wird festgestellt, dass das Schulhaus Pestalozzi als Vorzeigebispiel genommen wird. Daneben gibt es aber noch andere Schulhäuser, wie beispielsweise das Seefeldschulhaus. Dabei handelt es sich um ein Provisorium von mindestens 20 Jahren. Frau de Meuron erinnert an Gemeinderat Straubhaars Aussage im 2006 betreffend der Aufhebung des Parkplatzes Niesenstrasse für Gewerbeschüler. Damals konnte keine Entscheidung getroffen werden, da die Entwicklung der Schülerzahlen unklar war. In der Zwischenzeit hat es immer wieder Schul- und Kindergartenraum gegeben. Die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulbehörden erweckt keinen guten Eindruck, im Gegensatz zu den Lehrkräften. Es wurde oft abgewartet und vertröstet, was zu frustrierten Eltern geführt hat. Betreffend Zusammenarbeit zwischen den Direktionen weist Frau de Meuron darauf hin, dass Besprechungen an sich noch keine Lösungen garantieren. "Gärtlidenken" hat hier keinen Platz. Schulraumplanung bedeutet das Zusammenspiel zwischen den Verantwortlichen der Bildung, der Stadtentwicklung sowie der Liegenschaften. Bei der Koordination der Schulraumbedürfnisse findet es die Fraktion befremdlich, dass der Erweiterungsbau der Wirtschaftsschule mitten in die Einfamilienhäuser gebaut wurde, statt den Raum auf der anderen Seite zu nutzen. Zudem wird kritisiert, dass für das Gymnasium Seefeld ein Provisorium anstelle eines Neubaus erstellt wurde. Die Fraktion hofft auf einen baldigen Entscheid des Kantons. Es wird an die Gemeinderäte appelliert, die im Grossen Rat sitzen, diesbezüglich mehr Druck zu machen. Betreffend Frage 5 ist unklar, ob es zusätzlich noch mehr Fläche braucht. Die Fraktion wird genau hinschauen. Es wird auf multifunktionale Räume verwiesen, die eine hohe Schüleranzahl abfedern können.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt für die Antworten des Gemeinderates, die grösstenteils den Vorstellungen der Fraktion entsprechen. Der Wortlaut der Antworten wirkt auf die Fraktion teilweise akademisch und ist nicht immer verständlich. Bei der Schulraumplanung geht es darum, jederzeit genügend Schulraum in entsprechender Qualität für die Volksschule zur Verfügung zu haben. Die Planung muss langfristig und gut kommuniziert sein. Alle wichtigen Partner müssen frühzeitig mit einbezogen und Verantwortlichkeiten geklärt werden. Neben dem Amt für Bildung und Sport müssen auch das Amt für Stadtliegenschaften, die Direktion Stadtentwicklung respektive eine Vertretung der Ortsplanung sowie die Schulkommission, Schulleitungen und eine Vertretung der Stadtfinanzen vorhanden sein. Nur gesamtgesellschaftliches Denken und Handeln führt zum Ziel. Von der Stadtverwaltung wird ein intern konsolidierter Auftritt als Dienstleistungseinheit erwartet. Das Grossprojekt Pestalozzi war zwar erfolgreich, ist jedoch nur Teil einer umfassenden Betrachtungsweise. Es geht nicht um Projektmanagement, sondern um das Management aller Projekte und Schulhäuser. Herr van Wijk stellt eine positive Entwicklung der Schulraumplanung fest wie beispielsweise beim Schulhaus Hohmad. Dort sitzen relevante Verantwortungsträger zusammen, um das Teilprojekt frühzeitig und gut zu steuern. Betreffend offenem Informationsaustausch stimmt die Richtung, auch wenn das Ziel noch nicht erreicht wurde. Herr van Wijk macht darauf aufmerksam, dass, auch wenn der Kanton dem Verkauf des Seefeldschulhauses zustimmt, in den kommenden 12 Jahren noch keine definitiven Lösungen vorhanden sein werden. Im ganzen Stadtgebiet müssen deshalb gute infrastrukturelle Lösungen für die Volksschule mit kurzfristigen Reparaturen, mittelfristigen Sanierungen und langfristigen Neubauten gesucht werden, was nur gemeinsam funktioniert.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass das Problem schon länger bekannt ist. Herr Baumann hat im 2013 nach Gesprächen mit unzufriedenen Lehrpersonen einen Vorstoss eingereicht. Damals wurde informiert, dass die Planung läuft. Warum sind wir denn heute nicht weiter? Der Konflikt läuft untergründig schon seit einiger Zeit. Es sind Fehler passiert, insbesondere bezüglich der Aufmerksamkeit und Kommunikation. Der Bericht zeigt, dass die Sache hätte früher aufgegriffen werden sollen. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Aufmerksamkeit auf die zielführende Aktivität erhöht werden muss. Dabei können auch Modelle aus anderen Städten beigezogen werden. Es ist fraglich, wie ernst die Arbeit der Stadträte genommen wird, wenn Vorstösse zwar beantwortet werden, in der Tat aber nichts passiert. Eine ganzheitliche Sicht wird gewünscht. Die Fraktion schaut bei der Schulraumplanung genau hin und bittet den Gemeinderat, bei der Realisierung des Provisoriums und Kindergartens vorwärts zu machen. Darum reicht die Fraktion der Mitte heute einen ganzheitlichen Vorstoss zu diesem Thema ein. Beim Schulhaus Hohmad werden sofortige kurzfristige Verbesserungen erwartet, damit der Fokus wieder auf die wichtige Bildungsarbeit gelegt werden kann.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, weist auf die veränderte Ausgangslage hin. Die Fragen der Interpellation und die Antworten des Gemeinderates sind durch den Bericht Friederich in ein neues Licht gerückt worden. Es ist nicht ganz nachvollziehbar, warum die Interpellation so kurz vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der externen Überprüfung beantwortet wurde. Eine Fristverlängerung für die Beantwortung wäre sinnvoll und möglich gewesen. Es erstaunt, dass der Schulkommissionspräsident einer der Interpellanten ist und öffentlich Fragen stellt. Die Fraktion kritisiert die mangelnde Zusammenarbeit von ABS und AfS bei der Schulraumplanung und hat wenig Verständnis dafür, dass ein definiertes Abbruchobjekt sieben weitere Jahre genutzt wurde. Die Zukunft der Schule Seefeld wurde an der vergangenen SAKO-Sitzung umfassend skizziert. Es wird bemängelt, dass die Informationen erst mit der Interpellation detailliert zugänglich gemacht wurden. Eine aktive Kommunikation und Zusammenarbeit beschleunigt die Lösungsfindung. Die Planung muss äusserst sorgfältig, rasch und nachhaltig vorangetrieben werden. Frau Ali-Oesch konnte sich davon überzeugen, dass die Bereitschaft zur Verbesserung vorhanden ist. Die Fusion der beiden Gymnasien macht ohne eine örtliche Zusammenlegung keinen Sinn, sondern verursacht mehr Aufwand wie beispielsweise schlechtere Arbeitsbedingungen und eine erschwerte Zusammenarbeit für alle Beteiligten. Der Spareffekt steht in keinem Verhältnis zum generierten Mehraufwand. Die Fraktion missbilligt den Entscheid im Rahmen des Sparpakets 2014 und bittet alle anwesenden Grossräte, sich für eine rasche Klärung und Verbesserung einzusetzen. Davon profitieren alle, zumal das Seefeld bald eine neue Schule braucht. Dann kann die Brache an bester Lage für Sinnvolleres als für Parkplätze genutzt werden.

Markus van Wijk (FDP) informiert, dass die Schulkommission des öfteren das ABS um detaillierte Informationen bezüglich Schulraumplanung angegangen ist, aber keine hinreichenden Informationen dazu erhalten hat. Aus diesem Grund wurde die Interpellation eingereicht.

Der Gemeinderat hat sich an der Stadtratssitzung vom 15. Dezember orientiert, so **Gemeinderat Roman Gimmel**. Die Medienkonferenz musste vor der Stadtratssitzung stattfinden. Herr Gimmel weist darauf hin, dass im 2018 die komplexe Organisation rund um die Volksschule beleuchtet und die Schulraumplanung als solche überprüft und mit anderen Städten verglichen wird. Obwohl in der Vergangenheit nicht alles nur falsch gelaufen ist, gibt es Verbesserungspotential.

105. Interpellation I 15/2017 betreffend Gewährleistung eines erfolgsversprechenden Erarbeitungsprozesses für das Gesamtverkehrskonzept als Grundlage für die zeitgerechte Umsetzung der Massnahmen

Lukas Lanzrein (SVP/FDP), Peter Aegerter (BDP), Andrea de Meuron (Grüne), Mark van Wijk (SVP/FDP), Hanspeter Aellig (SVP/FDP), Alain Kleiner (SVP/FDP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2017; Beantwortung

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist von der Beantwortung teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Es ist wichtig, dass das Gesamtverkehrskonzept mit den Inhalten des Mobilitätskonzepts abgestimmt ist. Insbesondere der erste Artikel betreffend freier Wahl des Verkehrsmittels muss berücksichtigt werden. Herr Aegerter erinnert daran, dass es sich bei dem Mobilitätsreglement um das Ergebnis einer Kompromisslösung handelt und Gültigkeit hat. Die Anliegen der Begleitgruppen sollen mit der notwendigen Ernsthaftigkeit aufgenommen werden. Der Informationsaustausch mit den zuständigen Sachkommissionen kann zielführend sein, wie der Infoanlass vom 5. Dezember aufgezeigt hat. Es stellt sich die Frage, welche Organisationen für die im 2018 geplante Konsultation als wichtig erachtet werden. Es ist wichtig und richtig, dass die SAKO StE und SAKO B+L automatisch im Rhythmus der Begleitgruppen in den Prozess eingebunden werden. Bei dem Gesamtverkehrskonzept handelt es sich um eines der wichtigsten Konzepte, die durch den Gemeinderat erarbeitet wurden. In Zusammenhang mit den Legislaturzielen "Verflüssigung des Gesamtverkehrs" sowie "der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen" ist es wichtig, dass die Anliegen des Gewerbes berücksichtigt werden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Es wird festgehalten, dass die Verkehrspolitik behördenverbindlich geregelt ist. Das Gesamtverkehrskonzept soll auf dem Mobilitätskonzept aufbauen. Die Fraktion erwartet einen Umsetzungsplan und eine Priorisierung. Es wird auf den Artikel 13 des Mobilitätsreglements bezüglich Zielvorgaben verwiesen. Es ist wichtig, konkrete Ziele zu verfolgen. Frau de Meuron erinnert daran, dass die Zahl von 10 % als Kompromiss ins Gesamtverkehrskonzept statt ins Reglement eingebettet wurde. Der Gemeinderat wird dazu ermutigt, sich ein Ziel zu setzen und dem Agglomerationsprogramm der vierten Generation Rechnung zu tragen. Es stellt sich die Frage, wann die Spezialkommission Verkehr umgewandelt wird. Es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit über die Echogruppe Bescheid weiss. Die Fraktion freut sich über die vorgesehene Konsultation. Als Präsidentin des VCS informiert Frau de Meuron darüber, dass in der Echogruppe viel Wissen vorhanden ist. Durch die häufigen Wechsel sind nicht alle Leute darüber im Bild, wie die Umsetzung ursprünglich geplant war. Betreffend Zusammenarbeit zwischen den Direktionen wird darauf hingewiesen, dass gute Lösungen nur dann möglich sind, wenn zusammengearbeitet wird. Das Gesamtverkehrskonzept soll sich nicht nur auf Infrastrukturen fokussieren, sondern auch E-Mobilität, Sharing-Economy, neue Technologien und Carpooling mit einbeziehen. Der Besitz eines eigenen Autos beispielsweise gehört möglicherweise bald der Vergangenheit an.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, zitiert den ersten Artikel des Mobilitätsreglements und erinnert an den breit abgestützten Kompromissfindungsprozess. Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht in allen Punkten eine Übereinstimmung gibt. Mit der Interpretation der 10 % vertritt die Fraktion nicht dieselbe Meinung wie Stadträtin de Meuron. Mit dem Gesamtverkehrskonzept und dem Mobilitätsreglement soll die Situation für alle Verkehrsteilnehmenden verbessert werden. Es erweckt den Eindruck, dass es viele Papiere gibt, ohne dass sich die Verkehrssituation verbessert. Es könnte mehr in die Umsetzung investiert werden, wie der Bypass zeigt. In der Behandlung des Gesamtverkehrskonzepts wurde bisher nichts aufgezeigt. Machbarkeitsstudien verzögern die Umsetzung und kosten viel. Die Fraktion wünscht sich mehr Taten, wobei dem Kompromiss Sorge getragen werden muss. Die Bevölkerung kann sich gegen Verkehrsmassnahmen wehren. Aus diesem Grund müssen die Massnahmen breit politisch diskutiert werden, um Akzeptanz zu erlangen. Der Gemeinderat als dasjenige Organ, das die Strategien für die Zukunft entwickelt, soll vorausdenken und im Bereich der Mobilität beispielsweise elektrische Mobilität, Share-Mobilität oder Uber mit in die Planung einbeziehen. Der Bahnhof Thun hat einen hohen Stellenwert. Die Verkehrssituation am Bahnhof ist dringlich. Die Fraktion begrüsst den Einbezug der Bevölkerung und Politik in Form einer Konsultation. Nicht optimal ist die Zusammenlegung des Gesamtverkehrskonzepts und der Ortsplanungsrevision. Es ist ein Rahmen erwünscht, in dem ein Dialog auf Augenhöhe stattfinden und die Bevölkerung mitwirken kann. Bezüglich der Zusammenarbeit der beiden gemeinderätlichen Direktionen ist unklar, wie gut diese funktioniert. Es erweckt den Eindruck von "Gärtlidenken". Bei dem Projekt Gesamtverkehrskonzept ist ein einheitlicheres und gesamtheitlicheres Denken erwünscht. Die Stadt Thun ist ein Dienstleistungsunternehmen für die Bevölkerung und soll so wahrgenommen werden. Die Fraktion freut sich auf die Massnahmenerarbeitung.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die detaillierten Antworten. Mit dem Mobilitätsreglement wurde eine gute Basis für das Gesamtverkehrskonzept geschaffen. Das Mobilitätsreglement hat viele Artikel, die in der Ausarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts mit einbezogen werden müssen. Herr Christen erinnert an den Artikel 12, wobei der Verkehr bei einer Steigerung des Gesamtverkehrs

primär über den öffentlichen Verkehr sowie über den Fuss- und Veloverkehr abzuwickeln ist. Beim Städtebau ist eine gemeinsame Beurteilung von Häusern und Strassen wichtig. Das Gesamtverkehrskonzept soll daher zeitgleich zur Ortsplanungsrevision erarbeitet werden. Die Fraktion erachtet die Mitwirkung aller Verkehrsorganisationen in der Spezialkommission Verkehr als sinnvoll. Herr Christen macht darauf aufmerksam, dass es im Vergleich zu anderen Städten und zu früher in Thun wenig Stau gibt. Machbarkeitsstudien sind in gewissen Situationen wie beispielsweise beim Kauf von neuen Bussen erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass viel gemacht und umgesetzt wurde in Thun. Für den Fahrradverkehr hingegen wurde in den vergangenen Jahren zu wenig gemacht. Herr Christen warnt vor zukünftigen Technologien wie selbstfahrenden Autos, die zu einem Mehrverkehr führen können. Die Fraktion ist der Meinung, dass das Gesamtverkehrskonzept auf einem guten Weg ist.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, macht darauf aufmerksam, dass es in der Interpellation nicht um das Mobilitätsreglement sondern um das Gesamtverkehrskonzept geht. Es ist wenig überraschend, dass alle Fraktionssprechenden Vertretende aus der SAKO StE sind. Dadurch wird lediglich ein oberflächliches Mehrwissen für diejenigen generiert, die weder in der SAKO StE noch in der SAKO B+L sind. Viele Fraktionsmitglieder haben nicht das Wissen, um mitsprechen zu können. Es stellt sich die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass alle Mitglieder offiziell und zeitgleich alle nötigen Informationen erhalten. Herr Kübli weist darauf hin, dass es sich beim Reglement an sich, im Gegensatz zum Entscheid, um keinen Kompromiss handelt.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass in jeder SAKO ein Fraktionsmitglied vertreten sein kann. Dadurch können in der Fraktion alle Informationen ausgetauscht werden. Betreffend Verkehr in Thun macht Herr Lanzrein auf das effiziente Uber-System in den USA aufmerksam. Es schadet nichts, wenn sich die Stadt in Bezug auf das Gesamtverkehrskonzept Gedanken zu solchen Lösungen macht.

Franz Schori (SP) freut sich darüber, dass das Thema Digitalisierung in Thun angekommen ist.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, hat wenig Freude an der Diskussion. Viele unterschiedliche Voten zu einzelnen wenigen Bestimmungen des Mobilitätsreglements wurden abgegeben. Dabei wurde von den Sprechenden jeweils gut hörbar vor allem ihr Gärtchen gepflegt, während man gleichzeitig die anderen vor dem "Gärtlidenken" warnt. Bezüglich des Wunschs von Stadtrat Lukas Lanzrein nach Taten statt Worte, erinnert Herr Hiltbold ihn gerne an die verpasste Möglichkeit, etwas für den Bahnhof Thun und den Fahrradverkehr zu machen. Die Veloparkprojekte wurden von den bürgerlichen Parteien trotz Einigung beim Mobilitätsreglement auf die lange Bank geschoben. Bei der Umsetzung des Kompromisses bezüglich Parkplätzen, Velos und Autos sind alle gefordert.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, erinnert an den Vorstoss bezüglich Veloabstellplätze, der durch die SVP/FDP-Fraktion unterstützt wurde. Der Individualverkehr im Gegenzug wurde von der anderen Seite bisher noch nie unterstützt. Herr Lanzrein stellt fest, dass man sich bezüglich Mobilitätsreglements im Kreis dreht. Das Gesamtverkehrskonzept soll alle Artikel des Mobilitätsreglements abbilden.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth betont, dass ein Gesamtverkehrskonzept erstellt werden soll, das seinen Namen verdient. Das Mobilitätsreglement liefert die gesetzliche Grundlage für die Stossrichtung und wird im Gesamtverkehrskonzept umgesetzt. Betreffend Stadtrat Aegerter's Frage wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Mitwirkung der Ortsplanungsrevision auch eine Mitwirkung am Gesamtverkehrskonzept vorgesehen ist. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es sich dabei um den richtigen Weg handelt. Indem der Verkehr auf Siedlung, Freizeit, Naherholung und Landschaft abgestimmt wird, kann ein Gesamtbild erstellt werden. Im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung werden alle Fachorganisationen, Interessensvertretungen, Leiste sowie politische Parteien eingeladen. Die Spezialkommission Verkehr wird im Frühling 2018 in eine ordentliche Kommission umgewandelt, wobei sich nicht viel verändern wird. Die Zusammensetzung der Fachkommission bleibt gleich. Der Gemeinderat ist überzeugt davon, dass die richtigen Leute und Organisationen vertreten sind. Bei der lange existierenden Kommission ist eine hohe Stabilität zu verzeichnen. Betreffend Stadtrat Lanzreins Votum informiert Frau Dumermuth über die ursprünglichen Diskussionen vor 15 Jahren betreffend Bypass. Es dürfen aufgrund der hohen Kosten keine Fehlplanungen gemacht werden. Aus diesem Grund sind lange Planungsphasen und Machbarkeitsstudien nötig. Gute Projekte brauchen Zeit. Die Mobilität der Zukunft wird als Thema in die Planung mit einbezogen.

106. Fragestunde F 11/2017 betreffend Gratisparking

Til Weber (Grüne) vom 12. Dezember 2017; Beantwortung

Die Frage F 11/2017 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

107. Fragestunde F 12/2017 betreffend Mieträume Seestrasse 14

Fraktion BDP vom 12. Dezember 2017; Beantwortung

Die Frage F 12/2017 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

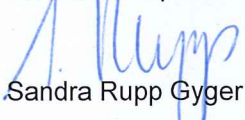
Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin hält zum Abschluss ihres Präsidialjahres fest, dass sie die Stadt Thun an vielen sehr unterschiedlichen Anlässen vertreten konnte. Das vergangene Jahr bot viele spannende Erlebnisse, Erfahrungen und Begegnungen. Auch der Ratsbetrieb war mit drei Doppelsitzungen, 52 Vorstößen und 32 Stunden Debattieren ausserordentlich aktiv im Vergleich zu vergangenen Jahren. Positiv hervorzuheben ist die Frauenquote, die mit 35% auf dem höchsten Stand ist. Die Diskussionen im Rat sind jeweils sachlich verlaufen. Besonders emotional war das Geschäft Uferweg, bei dem sie einen Stichentscheid fällen konnte. Sie dankt den Räten für ihre Anwesenheit und das gegenseitige Zuhören. Ein besonderer Dank geht an Vizestadtschreiber Remo Berlinger, Marianne Gerber, dem Stadtratssekretariat, allen ehrenamtlichen Mitarbeitenden sowie allen Ratsmitgliedern für die tatkräftige Unterstützung. Sie zitiert ihr Leitmotiv von Winston Churchill: "Eine gute Rede ist eine Ansprache, die das Thema erschöpft, aber keineswegs die Zuhörer." Sie wünscht allen schöne Festtage. (Applaus)


Eingänge

- Motion M 4/2017 betreffend Erschliessungssachse Autobahn A6 - Gewerbezone Gwattmoos; Fraktionen BDP und SVP/FDP vom 15. Dezember 2017
- Postulat P 14/2017 betreffend Überprüfung des Auftrages «Erfassung der Personalien» der privaten Sicherheitsdienste; Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2017
- Postulat P 15/2017 betreffend konkrete Szenarien zur Verbesserung des Selbstfinanzierungsgrades; glp, EDU, CVP vom 15.12.2017
- Interpellation I 27/2017 betreffend Entwicklung der "Schulräume"; Fraktion der Mitte vom 15. Dezember 2017
- Interpellation I 28/2017 betreffend Stand Lärmschutzmassnahmen - sind Schadensersatzforderungen zu erwarten und wie sieht es mit kostenloser Massnahme Temporeduktionen aus?; Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2017

Die Stadtratspräsidentin


Sandra Rupp Gyger

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger